

# „Wir sind optimistisch“

### Ein hochkarätig besetztes Rundtischgespräch des LCGB zur Digitalisierung: Konsens über die Herausforderungen



ILLUSTRATION: GETTY IMAGES



Luc Frieden



Patrick Dury



Michel Wurth



François Bausch (FOTOS: P. MATGÉ)

VON ANNETTE WELSCH

Es ist ein Thema, das die Gesellschaft und die Arbeitswelt in den nächsten Jahrzehnten stark beschäftigen und grundlegend verändern wird. Wie gehen wir mit der Digitalisierung um – das diskutierten Michel Wurth, Luc Frieden, François Bausch und Patrick Dury.

LCGB-Präsident Patrick Dury hatte einen Wunsch an die neue Regierung und der wurde auch erfüllt: Es wurde ein eigenständiges Ministerium für Digitalisierung eingerichtet, das dem Staatsminister und dem delegierten Minister Marc Hansen (DP) untersteht. Ein weiterer Wunsch ist nun, dass die Auswirkungen auf das schwächste Glied in der Kette, der Mensch – sei es als Arbeitnehmer oder als Einzelner in der Gesellschaft – mehr in den Fokus geraten. Denn das wurde nicht oder nur sehr ungenügend in den Diskussionen rund um die Rifkin-Studie zur dritten industriellen Revolution berücksichtigt, findet der LCGB.

#### Ein transversales Phänomen

Die Digitalisierung ist ein transversales Phänomen und betrifft alle Bereiche der Gesellschaft. Ging man früher noch mit dem Einkaufszettel in den Supermarkt, kann man ihn heute auf dem Smartphone als Foto mitnehmen oder direkt online bestellen und die Einkäufe abholen. Künftig bestellen smarte Kühlschränke die nötigen Waren und lassen sie liefern. Das ist eines der vielen Gesichter der Digitalisierung. Selbstfahrende Autos, die die Entscheidung treffen, ob sie den Fußgänger schützen oder ihre Passagiere, ein anderes. Wodurch deutlich wird, dass künstliche Intelligenz

genz auch moralisch-ethische Fragen aufwirft.

Soziale Fragen werfen dagegen Dienstleistungsplattformen wie Uber für den Personentransport oder Airbnb für Übernachtungen auf: Wo bleibt die soziale Absicherung der Dienstleister? Und dass durch die Digitalisierung auch ganze Berufsbilder verschwinden können, zeigt das Beispiel des Radiologen: Apparate sind heute schon wesentlich besser im Analysieren und Interpretieren von bildgebenden Verfahren in der Medizin, als der Mensch.

#### Die Arbeitsbedingungen erhalten

Deswegen steht die Digitalisierung nun im Mittelpunkt des LCGB-Programms für die Sozialwahlen, das Mitte Februar vorgestellt wird, dem „Luxemburger Wort“ aber bereits vorliegt (s. Kasten). Und deswegen stieß die Gewerkschaft diese Woche auch im Rahmen eines Rundtischgesprächs eine Diskussion an. „Wir müssen heute gewährleisten, dass auch morgen noch gute Arbeitsbedingungen sichergestellt sind“, sagte Dury in der Begrüßungsrede. Risiken und Chancen – das war das Spannungsfeld der Diskussionen, zu der der Minister für Mobilität und öffentliche Arbeiten François Bausch (Déi Gréng), der Präsident der Handelskammer Michel Wurth sowie der Vorsitzende des Verwaltungsrats der Saint-Paul-Gruppe und der BIL Luc Frieden geladen waren.

Minister Hansen, der einführend vorstellen sollte, was denn nun hinter dem Digitalisierungsministerium steckt, beschrieb die Aufgabe mit den Worten: „Wir sind kein Ministerium, das Weisungen gibt, sondern Anstöße, damit wir den Mensch nicht auf dem digitalen Weg

„Betriebe müssen sich schnell anpassen, sonst verschwinden sie.“

Michel Wurth

verlieren.“ Der Regierung sei es wichtig gewesen, eine Koordinationsstelle zu schaffen, weil es ein transversales Phänomen ist, das alle Bereiche betrifft. „Es gibt nicht nur Chancen für Betriebe und Bürger, wir müssen aufpassen, dass keine digitale Kluft in der Gesellschaft entsteht. Es gibt Leute, die nicht zu reichten kommen und das hat nichts mit dem Alter zu tun.“

#### Risiken richtig einschätzen

Mit guichet.lu für Bürger und Betriebe habe man schon eine mittlerweile viel genutzte Plattform, es gebe aber noch Herausforderungen: Die nötigen Infrastrukturen, wie der 5G-Ausbau und neue Netzwerke, aber auch Gesundheitsrisiken gelte es zu beachten. „Wir müssen die Risiken richtig einschätzen, aber auch Chancen sehen: Die Berufe des Jahres 2030 kennen wir noch gar nicht“, erklärte Hansen.

Für Dury war klar: „Die Digitalisierung muss sozial verträglich gestaltet werden. Zuerst zu digitalisieren und dann zu humanisieren, wäre abwegig.“ Schon seit den 1980er-Jahren habe sich die Arbeitswelt mit den ersten Computern in den Betrieben verändert. „Der Prozess geht heute viel schneller voran und die Reaktionszeit sinkt“, beschrieb er die Herausforderungen für die Gewerkschaften. Es sei in den

vergangenen Jahrzehnten gelungen, die Übergänge mit verschiedenen Sozialmaßnahmen zu begleiten, damit die Arbeitnehmer neue Chancen bekamen, etwa nach der Stahlkrise. Es seien zudem sehr viele physisch belastende Arbeitsplätze verschwunden, was positiv sei. Im Moment sei es aber schwer zu reagieren. „Wir brauchen ein starkes Engagement und gesellschaftliche Verantwortung der Arbeitgeber“, forderte Dury. Die sogenannte neue Arbeitswelt müsse definiert, reglementiert und sozial abgesichert werden. „Wir brauchen Mindeststandards.“

Auch Bausch bekräftigte: „Wichtig ist, dass wir bei aller Begeisterung nicht das Soziale vergessen. Wir müssen Standards setzen, damit nicht alles, was im Sozialbereich erreicht wurde, über Bord geworfen wird. Wir müssen dafür sorgen, dass kein Mensch ohne Sozialversicherung tätig ist und dass keine Scheinselbstständigkeit geschaffen wird.“ Man dürfe aber auch nicht verdrängen, dass mit künstlicher Intelligenz der Mensch ersetzt werde.

Wurth wies darauf hin, dass die Entwicklung der Wirtschaft von der Landwirtschaft über die Industrie, die Dienstleistungen bis hin zur digitalisierten Arbeitswelt, die besser

„Zuerst zu digitalisieren und dann zu humanisieren, wäre abwegig.“

Patrick Dury

und produktiver ist, den Menschen verständlicherweise Angst mache. Veränderungen erleben aber auch die Betriebe, denn die digitalen Unternehmen wie Uber, Google oder Airbnb funktionierten im Gegensatz zu der Wirtschaft, wie sie bislang gestaltet ist, nach dem Motto „The winner takes it all“.

#### Bildungssystem ist gefordert

„Eine Reihe von Betrieben – die großen – sind sich dessen bewusst“, sagte er. „Betriebe müssen sich schnell anpassen, sonst verschwinden sie. Wenn eine Bank beispielsweise heute keine moderne App hat, ist sie weg vom Fenster.“ Dass die Arbeitslosigkeit steigt, befürchtet er nicht: „Das Risiko ist gleich Null. Wir schaffen jedes Jahr 14 000 neue Jobs, 10 000 Arbeitnehmer gehen in Rente und müssen ersetzt werden.“ Es sei vor allem eine Herausforderung für das Bildungssystem, die neuen Stellen mit den richtigen Personen zu besetzen.

„Die Digitalisierung schafft viele Arbeitsplätze“, zeigte sich auch Luc Frieden überzeugt. Trotz der neuen Technologien würden immer noch Menschen mit ihren „soft skills“ im Umgang mit anderen Menschen gebraucht. „Wir müssen massiv auf Aus- und Weiterbildung setzen – sowohl bei den Kunden als auch den Arbeitnehmern. Gerade bei Personen mit mittlerer Ausbildung muss auf lebenslanges Lernen gesetzt werden – das ist eine große Herausforderung für die Betriebe.“ Frieden sieht aber auch den Gesetzgeber gefordert, denn neue Arbeitsmodelle bräuchten auch neue Gesetze.

Als Fazit der Diskussion lässt sich zurückhalten: Es bieten sich mehr Chancen als Risiken, wenn Standards verteidigt werden.

## Empfehlungen des Wirtschafts- und Sozialrats

Ende vergangenen Jahres legte der Wirtschafts- und Sozialrat CES (Conseil économique et social) ein Gutachten mit dem sperrigen Namen „Le modèle économique, social et sociétal luxembourgeois dans les mutations technologiques“ vor. Grund war, dass sich nach Meinung des CES die Rifkin-Studie zur dritten industriellen Revolution nicht genug mit sozialen und gesellschaftlichen Themen befasste, die Aspekte des Datenschutzes und des Schutzes der Privatsphäre nicht behandelte und die Auswirkungen der Rifkin-Vorschläge auf das soziale und steuerliche Gleichgewicht sowie die Staatsfinanzen besser erfasst werden müssten.

Sektor für Sektor werden Empfehlungen gegeben, besonders aber im Bereich Ausbildung und Schule: Bei Schülern müsste vor allem auf die Entwicklung transversaler Kompetenzen – sogenannte soft skills – gesetzt werden, damit sie eine berufliche Zukunft haben. Naturwissenschaften und Sprachen bleiben wichtig, sollten aber vielleicht weniger gepusht werden, heißt es. In puncto Ausstattung, Infrastruktur und Ausbildung der Lehrer sollte der Digitalisierungsprozess seinen Niederschlag finden, bei der Berufsausbildung sollte ihm bei der Definition der Berufs- und Ausbildungsprofile Rechnung getragen werden, besonders im Rahmen der Grund- und der Meisterausbildung.

Die staatlichen Mittel zur Kofinanzierung der beruflichen Weiterbildung sollten für die Betriebe er-

höht werden, gerade für die Klein- und Mittelbetriebe. Die reelle Nutzung und der Erfolg des Fortbildungsangebots müssten regelmäßig ausgewertet werden – ob es den Arbeitsmarktbedingungen entspricht. Der Kompetenzbedarf des Arbeitsmarktes müsste von einem „Observatoire“ ständig verfolgt werden.

Auch wenn die Regierung ein Digitalisierungsministerium vorsieht, so sollte ein „haut comité de la transition digitale“, in dem alle Akteure der Berufswelt zusammenarbeiten, geschaffen werden, fordert der CES.

Bei der Entwicklung künstlicher Intelligenz (KI) sollte sich Luxemburg auf die ein oder andere strategische Nische der angewandten KI konzentrieren, um eine führende Rolle spielen zu können. Neben den erforderlichen finanziellen Mitteln, sei es unerlässlich, Experten anzuwerben und die Zusammenarbeit zu stärken.

Der CES rät auch der Regierung zu einem legalen Rahmen, um die Interaktion traditioneller Akteure mit der FinTech zu erleichtern und Plattformen für den Austausch und die Umsetzung innovativer Projekte zu erleichtern. Für die Industrie schlagen die Räte die Gründung eines Zentrums in Form eines „guichet unique“ vor, wo die Betriebe Wissen und Know-how für ihre Entwicklung vorfinden – es soll aus Forschern der Universität Luxemburg, des LIST, des SNT sowie des LCL bestehen.

### Der LCGB-DIGGI PACK: Menschliche Gestaltung der Arbeit 4.0

Die Gewerkschaft webt ihre Forderungen im Sozialwahlkampf rund um das Thema Digitalisierung: Es muss ein Rahmen geschaffen werden, der den Arbeitnehmern erlaubt, sich in dieser „neuen Welt“ zu entwickeln und der Raum schafft für Gestaltungsmöglichkeiten.

Im **Arbeitsrecht** muss das Recht auf digitales Abschalten sowie ein klarer Rahmen festgeschrieben werden, mit dem verhindert wird, dass durch Digitalisierung neu entstehende Arbeitsformen zu Scheinselbstständigkeits führen oder Arbeitnehmer von der sozialen Versicherung entkoppelt werden.

Beim **Datenschutz** muss unter anderem der bedingungslose Schutz der Privatsphäre gewährleistet sein – durch ein eindeutiges Verbot, den Arbeitnehmer in der Freizeit oder außerhalb des Arbeitsumfelds zu überwachen und eine restriktivere Handhabung der Videoüberwachung.

Die **Arbeitszeitorganisation** muss mit mehr Flexibilität für die Arbeitnehmer an die digitale Ära angepasst werden: Durch die Einführung von Zeitsparkonten im Privatsektor und des Rechts auf Teilzeitarbeit, durch die kollektivvertragliche Verhandlung von neuen Arbeitszeitmodellen, die zu einer Arbeitszeitverkürzung führen. Aber auch durch eine allgemeine schrittweise Verkürzung der Arbeitszeiten,

durch eine mitbestimmte Arbeitszeitplanung (POT) und durch eine konsequente Überarbeitung der PAN-Gesetzgebung, die in wesentlichen Punkten, wie der Gestaltung der Referenzperiode und einer mitbestimmten Planungsflexibilität, an die neuen Herausforderungen angepasst werden muss. Es muss zudem ein schrittweiser Übergang vom Berufsleben in die Rente durch neue Formen der „Prétraite Progressive“ oder der Altersteilzeit ermöglicht werden.

Digitale Arbeit bedarf auch der **Humanisierung** durch eine ergonomische Gestaltung des Arbeitsplatzes und -umfelds, durch die Abwägung aller Risiken und Stressfaktoren und indem Instrumente zur Erfassung der Arbeitsbelastung entwickelt werden.

Die **berufliche Weiterbildung** muss gefördert werden – mit einem Anrecht darauf, aber auch der Pflicht der Arbeitgeber, einen gewissen Anteil der Arbeitszeit zur Weiterbildung zu verwenden und durch neue Formen, wie etwa eine zu Umschulungszwecken finanzierte Auszeit.

Die **Existenzsicherung** der Arbeitnehmer muss mit Auffangstrukturen garantiert sein, wie der „Cellule de Reclassement“ und gestärkter Beschäftigungsinitiativen, sodass Arbeitnehmer, die nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt zu halten sind, gemeinnützige Arbeit erhalten können.

LEITARTIKEL

## Trumps gefährliches Spiel

ROLAND ARENS



„Die US-Administration betreibt seit zwei Jahren eine Unterminierung der NATO.“

Das Verstörende an Donald Trump ist, dass man nie weiß, welche seiner Provokationen, Ausrutscher und Lügen man ernst nehmen muss und welche man tunlichst ignorieren sollte. In letztere Kategorie fällt ohne Zweifel sein Tweet von dieser Woche, in dem Trump angesichts der Kältewelle im Nordosten der USA höhnisch nach der Erderwärmung ruft. Der Lügenkontostand des US-Präsidenten, ermittelt von der „Washington Post“, steht inzwischen bei über 8 000 groben Unwahrheiten, also 15 Lügen am Tag. Ein einsamer, trauriger Rekord.

Doch es sind nicht unbedingt die spektakulären oder hanebüchernen Aussagen von Donald Trump, die den größten Schaden anrichten. Unabhängig davon, ob der Präsident über die Russlandconnection seiner Wahlkampftruppe stolpern wird oder ob er wegen der nicht gebauten Mauer 2020 von seinen Anhängern in die Wüste geschickt wird, ist vor allem das rüpelhafte Vorgehen der USA auf der Weltbühne dazu angetan, verheerende, geopolitische Langzeitwirkungen zu entfalten.

Trumps Außenpolitik ist nach der Hälfte seiner Amtszeit ein Desaster. Seine fähigsten Berater haben das Weiße Haus verlassen; im Iran ist keine Ersatzlösung für das von den USA aufgekündigte Atomabkommen in Sicht; in Syrien musste die Trump-Administration hastig einen Ausstieg vom Truppenabzug einleiten, den ihr Chef unvorbereitet verkündet hatte. In Sachen Nordkorea stehen die Ergebnisse in umgekehrtem Verhältnis zum Showeffekt. Vollmundig hatte Trump nach seinem ersten Gipfel mit Kim Jong Un die nukleare Bedrohung durch die kommunistische Diktatur für beendet erklärt. Jetzt muss ein zweiter Gipfel her, um möglicher-

weise doch noch eine Entnuklearisierung Nordkoreas einzuleiten. Weniger beachtet, aber dennoch gefährlich ist das Spiel, das die US-Administration mit ihrer seit zwei Jahren andauernden Unterminierung der NATO betreibt. 70 Jahre nach deren Gründung ist der amerikanische Präsident zu einer derart ernsten Bedrohung des transatlantischen Bündnisses geworden, dass sogar der US-Kongress ihm einen NATO-Austritt verbieten will.

Kein Geringerer als der US-Außenminister war es, der zuletzt die Axt an die Wurzel der Allianz legte, indem er die in Artikel 5 hinterlegte Beistandsgarantie im Angriffsfall unter Vorbehalt stellte. Bündnisse könnten funktionieren, so Mike Pompeo Ende Januar in einem TV-Interview, wenn jeder der Partner seinen fairen Anteil der Lasten trage. Im Klartext: Die USA sind nur dann dazu bereit, ihre Partner zu verteidigen, wenn diese ihre Beiträge zahlen. Trump will, dass die NATO-Mitglieder ihre Militärausgaben steigern – ein legitimes Ziel, doch das Mittel untergräbt das Vertrauen der Mitgliedstaaten. Die Führer des Warschauer Paktes hätten sich einst eine derartige Situation nicht vorstellen können.

Vor diesem Hintergrund passt es ins Bild, dass Donald Trump mit der Aufkündigung des INF-Vertrags vorgreift – auf Kosten Europas. Vor über 30 Jahren sorgte dieses Abkommen nach zähem Ringen dafür, dass sowjetische Mittelstreckenwaffen aus Europa abgezogen wurden und US-Raketen nicht stationiert werden mussten. Heute stehen erneut russische Raketen-systeme bereit, die offenbar weite Teile Europas erreichen können und damit den Vertrag verletzen. Donald Trump geht auf Konfrontationskurs zu Wladimir Putin, den er bisher bis zur Peinlichkeit hofierte. Europa sollte nicht danebenstehen und darauf hoffen, dass die Entscheidung zwischen atomarer Auf- oder Abrüstung von der Tragfähigkeit dieser sogenannten Männerfreundschaft abhängt.

roland.arenas@wort.lu

### Lesen Sie übers Wochenende bei Wort+



**Gewinnerteams**  
Heffingen, Amicale, Sparta und Etzella haben zusammen insgesamt 39 Pokaltitel geholt. Die besten Bilder der vergangenen Erfolge. (Sa., 11.45 Uhr)



**Belgische Filmpreise**  
Der Filmpreis „Magritte“ zeichnet die besten belgischen Filme aus. Auch Luxemburger Koproduktionen sind nominiert. (So, 10 Uhr)